

Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung

Herausgegeben von Sigmar Stopinski und Manfred Kerner

Nr. 2

Manfred Kerner / Sigmar Stopinski

Finnland und die sozialistischen Staaten Die Beziehungen Nordeuropas zur Sowjetunion in der ungarischen Diskussion

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Finnland und die sozialistischen Staaten : die Beziehungen
Nordeuropas zur Sowjetunion in der ungarischen Diskussion /
Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Berlin. Manfred
Kerner ; Sigmar Stopinski. - Berlin : Berghof-Stiftung für
Konfliktforschung, 1989**

(Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung ;
Nr. 2)

ISBN 3-927783-00-5

NE: Kerner, Manfred [Hrsg.]; Berghof-Stiftung für Konfliktforschung;
GT

Die „Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung“ stellen keine Äußerung der *Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33, Tel. (030) 8318099 und 83118090*, oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter in von der Stiftung geförderten oder betreuten Projekten sind.

C bei den Autoren

ISBN 3-927783-00-5

ISSN 0936-8558

Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

Berlin

1989

Manfred Kerner, Sigmar Stopinski

Finnland und die sozialistischen Staaten

Die Beziehungen Nordeuropas zur Sowjetunion
in der ungarischen Diskussion

Das sowjetisch-finnische Verhältnis ist im Westen jahrelang mit Vorbehalten betrachtet worden. Die ‚Finnlandisierung‘ schien sich als faktisches politisches und ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis von der UdSSR darzustellen, bei der allenfalls westliche ‚Formen‘ gewahrt wurden. Inzwischen wird jeder ernsthafte Beobachter bestätigen müssen, daß davon keine Rede sein kann.¹ Damit könnte man die bisherigen Streitfragen als erledigt betrachten. Die Frage der Beziehungen zwischen beiden Ländern hat aber inzwischen in anderer Weise Bedeutung bekommen: Die sozialistischen Staaten entfalten verstärkt Aktivitäten im Bereich der ‚kleinen Staaten‘, und für sie fungiert Finnland als Beispiel; vor allem wegen seiner intensiven ökonomischen Beziehungen zur UdSSR und der daraus resultierenden Stabilitätseffekte für die finnische Wirtschaft. Die Sowjetunion war dabei auch schon zu politischen Klarstellungen bereit, die Vorbehalte bezüglich sowjetischer Absichten in den angesprochenen westlichen Ländern widerlegen konnten.²

Gegenwärtig besteht die Schwierigkeit, daß die materielle Basis des finnisch-sowjetischen Verhältnisses durch die Verzerrungen in den Wirtschaftsbeziehungen beider Länder aufgrund der Ölpreissenkungen durcheinandergeriet und sich das empfohlene Beispiel für die kleinen Länder als wenig lukratives Geschäft darstellt, da das bislang praktizierte Verrechnungssystem zur Anhäufung von sowjetischen Schulden gegenüber Finnland in nie gekanntem Ausmaße führte, wodurch sich die Einschränkung des Austausches von Gütern und Dienstleistungen zwischen beiden Ländern perpetuierte.³

Vertreter beider Staaten haben sich seit dem Spätsommer 1988 bemüht, dieser für beide Seiten unbefriedigenden Situation zunächst dadurch zu begegnen, daß sie eine Reihe von Verfahrensreformen vereinbarten, mit denen die weitere Verzerrung der Außenwirtschaftsrelationen gestoppt werden sollte. Grundprinzip ist eine weitere ‚Kommerzialisierung‘ des Austausches von Gütern und Dienstleistungen.⁴

¹ vgl. dazu: Burkhard Auffermann: Determinanten finnischer Sicherheitspolitik. In: Burkhard Auffermann, Manfred Kerner (Hrsg.): Aspekte der Außenpolitik Finnlands. Berlin 1987 (Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung; 27); wieder abgedruckt in: Josef Iraschko, Arno Truger (Hrsg.) EG und Neutralität. Österreich und die westeuropäische Herausforderung. Wien 1989, S. 175 ff.

² vgl. dazu Manfred Kerner, Sigmar Stopinski: Kleine europäische Staaten im Ost-West-Konflikt und das Konzept der ‚ökonomischen Sicherheit‘. Berlin 1989 (Arbeitspapiere der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung; 33)

³ vgl. dazu: Manfred Kerner: Ökonomische Gesichtspunkte der finnisch-sowjetischen Beziehungen. In: Auffermann/Kerner (Hrsg.): Aspekte der Außenpolitik Finnlands, S. 10 - 20.

⁴ vgl. die Dokumente 1 und 2 (S. 5 f. und 7 f.)

Dafür dürften sowohl ökonomische als auch politische Gründe ausschlaggebend gewesen sein. In Skandinavien ist die gegenwärtige Linie der sowjetischen Außenpolitik überwiegend mit großer Zustimmung aufgenommen worden, insbesondere die Bereitschaft der Sowjetunion zum militärischen Disengagement auch in Regionen, die bisher nicht zur Debatte standen (Kola). Anders gesagt: Die eingespielte politische ‚Nordic Balance‘ wird mehr und mehr zum echten Gleichgewicht, wobei in der Region verstärkt andere als militärische Faktoren zur Gewährleistung der Sicherheit zur Anwendung kommen (sollen), und zwar vorwiegend ökonomische.⁵

Diese Tendenz korrespondiert mit den außenwirtschaftlichen Zielsetzungen der sozialistischen Länder. Die hochindustrialisierten und technisch führenden skandinavischen Staaten stehen weit oben auf der Wunschliste der sozialistischen Länder für mögliche Partner bei der industriellen und wissenschaftlich-technischen Kooperation. Die politischen Voraussetzungen, diese in die Praxis umzusetzen, sind gegenwärtig sehr günstig, und es mußte im Interesse der sozialistischen Länder liegen, diese nicht an gravierenden Unzulänglichkeiten in der Regelung der Außenwirtschaftsbeziehungen scheitern zu lassen. Neben den Verbesserungen der zwischenstaatlichen Prozeduren waren dazu also auch weitreichende Korrekturen in der bisherigen Praxis der sozialistischen Länder notwendig. In bislang beispielloser Weise wurde Ende 1988 Kritik am bisherigen Verhalten sowjetischer Unternehmen gegenüber dem finnischen Partnerland geübt, aus der hervorging, daß vom vielbeschworenen Beispiel funktionierender Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil schon seit geraumer Zeit tatsächlich keine Rede mehr sein konnte und die Erfolgsmeldungen der letzten Jahre häufig nur Absichtserklärungen, Großsprecherei oder gar statistische Verdrehungen darstellten, die aber - zu einem guten Teil auch aufgrund des (wohl teilweise politisch bedingten) stillschweigenden Abwartens der finnischen Partner - ebenso lange nicht in geeigneter Weise zur Sprache kamen.⁶ Die Bedeutung dieser, auch in Finnland mit einigem Erstaunen registrierten Selbstkritik ergibt sich sicherlich aus den naheliegenden Interessen der sowjetischen Wirtschaft. D.h. im konkreten Fall, daß die angestrebte wirtschaftliche Erschließung Kolas unter den gegebenen Umständen eventuell nicht mehr mit den gewünschten finnischen Kooperationspartnern möglich war.

Darüber hinaus wurde mit der ungeschminkten Beschreibung der Situation unterstrichen, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder in ihrer außenpolitischen Orientierung auf die ‚kleinen Staaten‘ weiterhin dem finnischen Beispiel zentrale Signalwirkung zumessen wollten und dazu die notwendigen Voraussetzungen auf der eigenen Seite zu schaffen bereit waren. Damit kommen wir zum zweiten Hauptaspekt der Dokumentation. In einigen sozialistischen Ländern sind in den ersten Monaten des Jahres 1989 Veränderungen in allen Bereichen von Wirtschaft und Politik eingeleitet worden, die von Beobachtern im Westen als sehr bemerkenswert, wenn nicht als spektakulär eingeschätzt werden. Eine konkrete Richtung will und vermag allerdings niemand von ihnen anzugeben. Das liegt u.a. daran, daß dem Bereich der ‚kleinen‘ Staaten und ihrer Beziehungen untereinander sowie damit verbundener Wechselwirkungen wenig Aufmerksamkeit in der

⁵ vgl. Dokument 3 (S. 9f.)

⁶ vgl. Dokument 4 (S. 11 ff.)

hiesigen Politikwissenschaft geschenkt wird. Ein sowjetischer Kommentator hat die Orientierung mit dem Hinweis auf *Österreich* oder *Schweden* gegeben, in der ungarischen Diskussion ist gar Finnland oder die mögliche „Finnlandisierung Ungarns“ als denkbare Leitlinie der künftigen Entwicklung des eigenen Landes genannt worden.

Die Erwartung, daß Ungarn die Herauslösung aus dem östlichen Militärbündnis und Schritte einer Angleichung an westliche Verhältnisse einleitete, bleibt aber allein zu oberflächlich. Ebenso geht es nicht um eine Perspektive in der Weise, wie sie von der westlichen Politikwissenschaft lange Zeit unzutreffenderweise - siehe vorn - als Finnlandisierung bezeichnet wurde. Tatsächlich markiert die ungarische Selbsteinschätzung mit dem Bezug auf das stammesverwandte Finnland eher einen Schritt in Richtung auf eine regionale Lösung, die sich in Nordeuropa augenscheinlich bewährt hat.⁷ Und das heißt: Die Staaten dieser Region bestimmen ihre politische Lebensform und die Prinzipien ihrer Volkswirtschaft selbst; sie stellen dabei aber berechnete Interessen anderer Länder, insbesondere der Anrainer dieser Region, in Rechnung, vor allem, wenn es dabei um die Sicherheitsproblematik geht.

Viel zu wenig bekannt ist die Tatsache, daß Ungarn seit 1948 über einen Freundschafts-, Beistands- und Zusammenarbeitsvertrag verfügt, der damals in seinen Grundzügen zur Orientierung für das finnisch-sowjetische Pendant (FZB-Vertrag) diente. Bei der Beurteilung der Möglichkeit ungarischer ‚Neutralität‘ ist das unbedingt in Rechnung zu stellen. Vorerst ist mit der ungarischen Absichtserklärung wohl eher ein einseitiger Schritt verbunden, die in der südosteuropäischen Region bislang überwiegend durch die - ebenfalls in besonderer Weise geregelte - österreichische Neutralität abgepufferte Blockkonfrontation weiter abzubauen. Die Blöcke selbst bestehen vorerst noch weiter, jedoch unter veränderten Bedingungen. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß der sowjetische Kommentator eine Veränderung im sicherheitspolitischen Status Ungarns mit der langfristigen Perspektive der Auflösung der Militärblöcke überhaupt verband.

Das nordeuropäische Modell abgestufter sicherheitspolitischer Optionen ist hier vorbildlich. Die Auflösung der Militärblöcke ist damit freilich noch nicht erreicht, man sollte diese Perspektive, auf die ja der sowjetische Kommentator Bogomolow ausdrücklich im Zusammenhang seiner Interpretation einer möglichen Neutralität Ungarns hinwies, nicht aus den Augen verlieren.

Die Entscheidung, diese regionale Lösung auf eine Grundlage zu stellen, die überwiegend die Erweiterung der *ökonomischen* Bindungen zwischen den betreffenden Staaten und nach Ost *und* West vorsieht, entspricht nicht zuletzt den Wünschen der kleinen sozialistischen Länder nach Impulsen von außen zur Lösung ihrer eigenen volkswirtschaftlichen Probleme.

Die Dokumente bestätigen darüber hinaus grundsätzlich zwei Gesichtspunkte:

* Wenn an die ‚kleinen‘ Staaten verstärkt außenpolitische Initiativen der sozialistischen Länder adressiert werden, so geht es dabei nicht um den Versuch, die kapitalistischen Industrieländer politisch zu dividieren. Auch die kleineren sozialistischen Staaten sind zu eigenverantwortlichen Schritten bereit, die u.U. den Bruch

⁷ vgl. die Dokumente 9 und 10 (S. 21 f. und 23f.)

mit der bisherigen Logik ihres Blocks bedeuten. Schwedische, österreichische oder finnische Problemlösungen sind dann interessanter als Kopien derjenigen aus der Sowjetunion, die sich in der konkreten Anwendung häufig als ungeeignet erwiesen haben.

* Weiter bekam offenbar die ausgerechnet von konservativen Politologen (Nils Andrén, Pierre Hassner) vor Jahren in die Debatte gebrachte Überlegung, vor deren Kühnheit sie dann selbst zurückschreckten, daß nämlich die „Finnlandisierung ... das Beste (sei), was Osteuropa erhoffen kann“⁸, ihre verspätete Aktualität. Sinnvolle Prognosen über die damit verbundenen Zusammenhänge erfordern allerdings gründliche Sachinformationen anstelle von Reflexionen über Schlagworte aus der Tagespolitik. Erst dann kann das Weiterdenken solcher Überlegungen, wie es der Berliner Friedensforscher Ulrich Albrecht schon in den frühen 80er Jahren forderte⁹, eventuell gangbare Alternativen aufzeigen. Die Dokumentation versteht sich als Beitrag dazu.

Zu den Dokumenten: Beim *Dokument 1* handelt es sich um einen Beitrag der schwedischsprachigen Zeitung ‚Hufvudstadsbladet‘ (Hauptstadtsblatt) aus Helsinki (Helsingfors). *Dokument 2* knüpft unmittelbar an die dort erörterten Sachverhalte an und beschreibt die Bestandteile der finnisch-sowjetischen Verfahrensregelung zur Verhinderung weiterer Verzerrungen im bilateralen Wirtschaftsverkehr. ‚Finnish Business Report‘ ist eine Zeitschrift, die vor allem der Selbstdarstellung der finnischen Wirtschaft im Ausland dient. *Dokument 3* ist das offizielle in der ‚Prawda‘ veröffentlichte Kommuniqué über den Besuch der von Anker Jörgensen geleiteten Nordeuropäischen Parlamentarier-Delegation in die UdSSR, in dem vor allem die positive Resonanz auf die seit Gorbatschows Murmansk-Rede unterbreiteten Vorschläge und eingeleiteten Maßnahmen zum Ausdruck kommt. *Dokument 4* enthält die in der Regierungszeitung ‚Iswestija‘ am 29.12.1988 veröffentlichte heftige Kritik am Verhalten sowjetischer Wirtschaftsunternehmen und Funktionäre. In *Dokument 5* findet sich der Wortlaut eines ‚Guardian‘-Interviews, in dem der sowjetische Experte Bogomolow zu den außenpolitischen Bezügen der künftigen ungarischen Linie befragt wird. Auch hier, wie bei den folgenden Dokumenten, ist darauf zu verweisen, daß die ‚Budapester Rundschau‘ ebenfalls der gezielten Unterrichtung des Ausland dient. *Dokument 6* gibt einen Kurzbericht über die daran anschließende ungarische Diskussion. Während im *Dokument 7* zwar die Argumentationsmuster denen finnischer Stellungnahmen gleichen, ohne daß der Bezug schon expressis verbis hergestellt wird, ist er im *Dokument 8* praktisch offiziell bestätigt worden. Die *Dokumente 9 und 11* enthalten Erläuterungen zur künftigen ungarischen Außenpolitik; in den *Dokumenten 10 und 12* wird dazu noch einmal der Bezug zu Finnland aufgenommen.

Den Übersetzern Kea Tieleman und Krister Hanne sei an dieser Stelle noch einmal gedankt, ebenso Burkhard Auffermann (z. Zt. Tampere Peace Research Institute) für zusätzliche Informationen.

⁸ zit. n. Ulrich Albrecht: Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Argumente für die Friedensbewegung. Frankfurt a.M. 1982, S. 133 ff.

⁹ vgl. Ulrich Albrecht: Neutralismus und Disengagement. In: Deutsche Fragen - Europäische Antworten. Berlin 1983, S. 107 ff. (Schriftenreihe des AK atomwaffenfreies Europa; 2)

V. D. Pugin glaubt an Bruch des Eises im Osthandel *

Die Beamten des Außenhandels sind sich jetzt über die Hauptlinien einig, an denen entlang die Finanzierung und die Zahlung im Osthandel reformiert werden sollen. Nun müssen die Regierungen der Länder ihre Beschlüsse fassen.

Das sagt *V. D. Pugin*, der Chef der Handelsvertretung der Sowjetunion in Finnland. Er spricht davon, daß das Eis in Bezug auf die Schwierigkeiten gebrochen sei, sich auf ein Maßnahmenpaket zu einigen, das die Zahlungssysteme im Handel zwischen unseren Ländern entwickeln kann.

Er will freilich nicht näher darauf eingehen, wie das Modell aussieht.

In der Hauptsache geht es darum, offiziell Devisenzahlungen neben dem bestehenden Clearingsystems einzuführen. Das laufende Clearingkonto sollte außerdem mit Zinsen belegt und vor einer Abwertung des Rubels geschützt werden.

Alle schwierigen Probleme im Osthandel sind der Arbeitsgruppe für Finanz- und Zahlungsfragen der ökonomischen Handelskommission übertragen worden. Die Arbeitsgruppe versucht, ein Modell zu erarbeiten, das verhindern könnte, daß finnische Exportkürzungen dazu benutzt werden, das herrschende Ungleichgewicht im Handel zu korrigieren.

Der Clearingsaldo weist gegenwärtig einen finnischen Exportüberschuß von nahezu 3 Milliarden Mark aus. Auf einem Sonderkonto befinden sich außerdem 2 Milliarden, deren Rückzahlung im nächsten Jahr eingeleitet wird. Ohne ein Sonderarrangement, wie z.B. einen Teil der sowjetischen Schuld in eine Devisenanleihe umzuwandeln, besteht das Risiko, daß der finnische Export in diesem Jahr nur ca. 1,8 Milliarden Rubel (gut 12 Milliarden Mark) beträgt. 1987 exportierte Finnland Waren für 14 Milliarden Mark in die Sowjetunion. Die harte Linie der Lizenzbehörde ist verständlich vor dem Hintergrund, daß man bereits jetzt schon Exporte für ganze 1,6 Milliarden Rubel genehmigt hat.

Die Arbeitsgruppe für Zahlungs- und Finanzierungsfragen hat gewisse Probleme gehabt, offizielle Zusammenkünfte zustande zu bringen. Die zweite Sitzung wurde nach einer langen Pause letzte Woche in Moskau abgehalten. Laut *V. D. Pugin* kam es zu einer definitiven Annäherung zwischen den sowjetischen und den finnischen Parteien während der Verhandlungen.

Kari Holopainen, Chef der Osthandelsabteilung bei Finnlands Bank kommentiert Pugins Vorstoß mit der Feststellung, man könne jetzt optimistischer sein als vor der Begegnung.

Er will sich indessen sehr zurückhalten, etwas zu sagen, bevor es konkrete Übereinkünfte und Maßnahmenvorschläge gibt.

* Hufvudstadsbladet, Helsingfors, vom 16.8.1988, übersetzt von Krister Hanne

Auf sowjetischer Seite ist man sich, zumindest auf Beamtenebene, völlig darüber im klaren, daß der traditionelle Clearinghandel zwischen Finnland und der Sowjetunion einer Ergänzung in Form von Devisenhandel bedarf.

Eigentlich bezahlt die Sowjetunion bereits jetzt fast 30 Prozent des finnischen Exports entweder indirekt oder direkt mit Devisen. 1987 wurden ca. 20 Prozent des Exportwertes in Tradingöl, also in Westdevisen, bezahlt. 6 Prozent werden direkt in harter Währung bezahlt, meistens über schwedische Tochtergesellschaften.

Die Entwicklung des Ölpreises und die Veränderungen in der sowjetischen Wirtschaft haben gezeigt, daß der Clearinghandel, bei dem Waren gegen Waren getauscht werden, nicht mehr funktioniert.

Als der Ölpreis in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre in die Höhe schoß, gelang es dem finnischen Export, die Wertsteigerung im Handel auszugleichen. Der sowjetische Bedarf an z.B. Konsumwaren und Fahrzeugen garantierte diese Entwicklung.

Den Einbrüchen des Ölpreises während der letzten Jahre konnte man trotz unzähliger Verhandlungen und Versuche nicht begegnen. Das beruht teilweise darauf, daß der Handel zwischen Finnland und der Sowjetunion jetzt ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Finnland hat einen Anteil von 15 Prozent am sowjetischen Außenhandel mit dem Westen. Es besteht im allgemeinen die Auffassung, daß man in der Sowjetunion den Prozentsatz für ausreichend hoch hält.

V. D. Pugin hält diese Annahmen für falsch.

„Wir sind daran interessiert, unseren Handel mit Finnland zu erweitern und ich bin garantiert nicht der einzige, der dafür einsteht.“

„Das Clearingsystem muß so entwickelt werden, daß alle Unternehmen, Ministerien und Organisationen, die jetzt die Erlaubnis bekommen haben, direkte Kontakte mit Unternehmen im Westen zu knüpfen, auch Interesse daran haben werden, sich an finnische Firmen zu wenden“, sagt Pugin.

„So, wie das System jetzt ist, sind natürlich viele mehr an Westdevisen interessiert, als daran, in Erfahrung zu bringen, was man für Clearing-Rubel bekommen kann“, erklärt Pugin.

Laut Pugin weiß ein sehr großer Teil der Unternehmen gar nicht, was Finnland zu bieten hat. Andere Instanzen, wie die baltischen Republiken, brauchen weder ermuntert noch darüber informiert zu werden, welche Möglichkeiten Handelsverbindungen mit Finnland liefern können. Dort kennt man die Möglichkeiten.

Auch die Handelsvertretung der sowjetischen Botschaft in Finnland hat die Reformen in der Außenhandelsverwaltung zu spüren bekommen. Das Büro für wirtschaftliche Fragen ist jetzt mit der Handelsvertretung zusammengelegt worden. Das Arbeitsgebiet der Vertretung wird ausgedehnt. Jetzt repräsentiert man 100 Produzenten gegenüber früheren 50. Laut V. D. Pugin wird es jetzt schwieriger, die Interessen des Staates zu schützen und zu koordinieren.

Patricia Winckelmann-Zilliacus

Neuer Anlauf im finnisch-sowjetischen Handel *

Die Vorsitzenden der finnisch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der sowjetische Vizeministerpräsident Wladimir Kamenzew und der finnische Außenminister Kalevi Sorsa, haben bei einer Begegnung im September einen Vertrag über Korrekturen am derzeitigen System des Clearing-Handels unterzeichnet.

Der Handel zwischen Finnland und der Sowjetunion erfolgt in aller Regel in Form eines Warenaustausches, über den die Zentralbanken beider Länder ein Clearing-Konto führen. Die Saldi der Clearing-Konten sind nicht verzinslich.

Die finnischen Einfuhren aus der UdSSR bestehen hauptsächlich aus Rohöl. Indem die Weltmarktpreise für Öl gefallen sind, hat sich auf dem Clearing-Konto ein chronischer Überschuß für Finnland gebildet. Da es nicht gelungen ist, in ausreichender Zahl sowjetische Produkte zur Steigerung und Diversifizierung der Einfuhren aus der Sowjetunion zu finden, hat Finnland seine Ausfuhren in die UdSSR drosseln müssen.

Der Zahlungs- und Finanzierungsausschuß der Wirtschaftskommission hat sich jetzt auf einen Vorschlag einigen können, der Korrekturen am derzeitigen System im finnisch-sowjetischen Handel bedeutet. Die Korrekturen bewirken in der Praxis eine „Kommerzialisierung“ des Handels, wenngleich das Clearing auch weiterhin das Fundament des Warenaustausches bilden wird.

Den jetzt getroffenen Vereinbarungen zufolge werden die finnischen Überschüsse auf dem Clearing-Konto ab Anfang nächsten Jahres vor etwaigen Abwertungen des Rubels geschützt.

Ab Anfang 1990 werden auf jenen Teil der Clearing-Überschüsse, die die 100-Millionen-Rubel-Grenze überschreiten, Zinsen gezahlt. Falls zum Ende eines jeden Quartals der Saldo größer ist als 200 Millionen Rubel, zahlt der Schuldner den Mehrbetrag in konvertierbaren Währungen aus.

Die Preise für finnisch-sowjetische Geschäfte können künftig außer in Rubel auch in Finnmark oder anderen konvertierbaren Währungen vereinbart werden.

Ein wichtiger Bestandteil des Vertrages ist die Möglichkeit, Maschinen- und Anlagelieferungen, Schiffe eingeschlossen, durch Kredite zu finanzieren. Die Kreditfinanzierung geschieht allerdings im Rahmen des Clearing-Handels.

Das Ungleichgewicht im Warenaustausch hat den sowjetischen Import aus Finnland gerade in diesem Jahr stark erschwert, und da wegen Fälligwerdens bestimmter Zahlungen im kommenden Jahr noch größere Schwierigkeiten bevorstanden hätten, hat die Finnische Exportkredit-Bank der Außenhandelswirtschaftsbank der Sowjetunion einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Rubel gewährt.

Mit Hilfe dieses Kredits werden finnische Maschinen- und Anlagelieferungen und Bauleistungen in der Sowjetunion finanziert.

* Finnish Business Report, Helsinki, Deutsche Sondernummer 2/1988, vom 5.10.1988

Die jetzt erzielte Lösung hat vielerlei Auswirkungen. Eine Folge ist, daß sich die Verantwortung für die Gewährung von Exportlizenzen verteilt. Bislang lag die Überwachung allein in den Händen der Finnen, weshalb zwischen finnischen und sowjetischen Unternehmen viel mehr Verträge abgeschlossen wurden als die Warenaustauschprotokolle zuließen, so daß eine große Zahl von Geschäften auf Eis gelegt werden mußte.

Der finnische Clearing-Überschuß betrug in den achtziger Jahren durchschnittlich 300 Millionen Rubel. Da künftig auf die Clearing-Außenstände schon ab 100 Millionen Rubel Zinsen gezahlt werden und zugleich Beträge über 200 Millionen Rubel in konvertierbarer Währung fällig werden, dürfte sich auch das sowjetische Interesse an der Überwachung des Handels erhöhen.

Übergroße Clearing-Überschüsse sollen künftig also in konvertiblen Währungen ausgeglichen werden, aber es ist auch möglich, daß der Vertrag eine Verringerung des Niveaus des finnisch-sowjetischen Handels bewirkt. Auf jeden Fall stellt der Vertrag den Handel auf ein gesundes Fundament.

Für ein atomwaffenfreies Nord-Europa *

Am 3. Oktober fand ein Gespräch statt zwischen den Mitgliedern der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der beiden Kammern des Obersten Sowjets, die vom Sekretär der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beim Unions-sowjet der UdSSR, V. V. Sagladin, angeführt wurde, und einer Delegation des Komitees von Parlamentariern Finnlands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Islands zu Fragen der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Nord-Europa, die geleitet wurde von dem Vorsitzenden des Komitees, A. Jörgensen (Dänemark).

Im Verlauf des vertieften und interessanten Meinungsaustausches zeigte sich in den Positionen beider Seiten eine bemerkenswerte Nähe in der Einschätzung der heutigen Etappe der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, einschließlich ihres Schlüsselproblems - des Abrüstungsprozesses. Beide Seiten konstatierten, daß es unumgänglich ist, den auf vielen Ebenen stattfindenden Dialog der Staaten darauf zu orientieren, daß die gemeinsame und konstruktive Suche nach konkreten Lösungen aktueller Probleme der Abrüstung, einschließlich des Fragenkomplexes, der sich auf die Tätigkeiten der Kriegsmarine bezieht, beschleunigt wird. Sie unterstrichen die gewachsene Rolle der Parlamente in dieser Angelegenheit.

Es ist wichtig, daß keine Pause im Abrüstungsprozeß zugelassen wird und daß das Tempo, das durch das Inkrafttreten des INF-Vertrags festgelegt wurde, nicht verringert wird. Dies berücksichtigend, vermerkten die Gesprächsteilnehmer die perspektivreiche Ausarbeitung neuer Modelle zur Gewährleistung von Sicherheit, u.a. auf regionaler Ebene, wobei sie die Festigung der Prinzipien einer vernünftigen und den Anforderungen genügenden Militärorganisation, die Umstrukturierung der Streitkräfte und der Militärdoktrinen nach den Prinzipien der nicht auf Angriff gerichteten Verteidigung und die Liquidierung der Potentiale für einen plötzlichen Angriff im Blick hatten.

In bezug auf die Lage in Nord-Europa, bedeutet das vor allem die Realisierung der Idee, hier eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Das von M. S. Gorbatschow am 1. Oktober 1987 in Murmansk vorgelegte Programm zur Umwandlung des Nordens in eine Friedensregion und über eine fruchtbringende Zusammenarbeit trägt dazu bei, daß die Idee einer nordeuropäischen atomwaffenfreien Zone auf die praktische Ebene übertragen und ein günstiges psychologisches Klima für die Lösung dieser Frage geschaffen wird.

Indem A. Jörgensen die bis zu dieser Zeit zustande gekommenen Arbeitsergebnisse des Komitees darlegte, unterstrich er, daß nach einmütiger Meinung der Komiteemitglieder die Festsetzung eines atomwaffenfreien Status für Nord-Europa ein wesentlicher Beitrag im Prozeß der Gewährleistung von Sicherheit und der Festigung des Vertrauens in gesamteuropäischem und globalem Maßstab werden könnte.

Nach Meinung der nordeuropäischen Parlamentarier, der Mitglieder des Komitees, sollte sich die mögliche atomwaffenfreie Zone in Nord-Europa bezüglich ihrer geo-

* Prawda, Moskau, vom 4.10.1988, übersetzt von Kea Tielemann

graphischen Parameter auf die Territorien Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens, aber auch auf deren Hoheitsgewässer und ihren nationalen Luftraum, erstrecken. Die an der Zone beteiligten Staaten müßten sich verpflichten, keine Atomwaffen zu entwickeln, zu produzieren, zu erforschen, auf ihren Territorien und in den territorialen Gewässern zu stationieren und auch keine Vorbereitungen dazu durchzuführen. Entsprechendes betrifft auch Atomwaffentransporte durch das Territorium, die territorialen Gewässer und den Luftraum der angegebenen Länder.

Von sowjetischer Seite wurde diesen Überlegungen zugestimmt und erklärt, daß die Sowjetunion die Idee der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone unterstützt und daß sie bereit wäre, eine sachliche Erörterung des gesamten Fragenkomplexes zu beginnen, der mit der Rolle des Garanten und mit anderen Verpflichtungen im Rahmen dieser Zone zusammenhängt, einschließlich wesentlicher Maßnahmen für das an die Zone grenzende Territorium zur Sicherung ihres atomwaffenfreien Status.

Die Vertreter des Komitees vermerkten zufrieden die erneut durch die sowjetischen Parlamentarier ausgedrückte Bereitschaft der Sowjetunion, die Garantie eines atomwaffenfreien Nordens zu geben, und schätzten auch die Maßnahmen hoch ein, die die UdSSR einseitig zur Verringerung ihrer atomaren Potenzen in den Gebieten, die an die zukünftige Zone angrenzen, getroffen hat.

Das Gespräch verlief in offener Atmosphäre, in lebendiger und ungezwungener Weise und der Sache angemessen.

An demselben Tag fand in Moskau eine öffentliche Versammlung statt, die den Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Nordeuropa gewidmet war. An ihr nahm die Delegation des Komitees der Parlamentarier teil.

In den veröffentlichten Beiträgen wurde angemerkt, daß sich als Hauptrichtung in der außenpolitischen Aktivität der Sowjetunion die Beseitigung der Bedrohung durch die atomare Katastrophe erwiesen hat, das weitere Voranschreiten auf dem Weg zur atomwaffenfreien Welt. Es wurde unterstrichen, daß in diesem Prozeß eine der vorrangigen Aufgaben darin besteht, in den verschiedenen Regionen der Welt Zonen zu schaffen, die atomwaffenfrei sind.

A. Jörgensen schätzte die Aktivitäten der UdSSR in der internationalen Arena hoch ein, durch die sich während der letzten Zeit die internationale Sicherheit bedeutsam stabilisierte und sich die Vertrauensmaßnahmen festigten. Er drückte Zufriedenheit darüber aus, daß die Initiativen einer Reihe nördlicher Länder Europas, eine atomwaffenfreie Zone in dieser Region zu schaffen, in der Sowjetunion Zustimmung fanden.

Die Gäste besuchten das Institut für USA und Kanada an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

(TASS)

Schwer ist die Last des Merkur *

Was im sowjetisch-finnischen Handel geschieht

In der letzten Zeit gab es vermutlich weltweit kein ernstzunehmendes Presseorgan, das nicht die Probleme der Entwicklung des Handels zwischen Finnland und der UdSSR von verschiedenen Standpunkten aus analysiert hat. Woher kommt solch eine Aufmerksamkeit, solch ein Interesse? Der Grund ist unsere chronisch gewordene Verschuldung mit Finnland, sind Hintertreibungen gegenseitiger Lieferungen und früher zugestimmter Pläne zur Kooperation in der Produktion. Im Unterschied zu uns verschwindet auch in Finnland selbst dieses Thema nicht von den Presseseiten.

Warum wurde ein riesiges Land Schuldner bei seinem Nachbarn - einem kleinen Staat? Galt der sowjetisch-finnische Handel doch noch vor einigen Jahren anscheinend als vorbildhaft. In jedem Fall wurde sein Stand von unserer Seite über alle Maßen in verheißungsvollen Tönen gelobt, die Probleme wurden verschwiegen, sogar in den Korridoren des Außenhandelsministeriums sprach man nur flüsternd über sie.

Hier muß man an den Präsidenten M. Koivisto erinnern, der in einem Interview über diese Zeit gesagt hat: „Bei Breschnev verhielt es sich so, daß er irgendein Papier verlas und ich ein Papier verlas. Damals gab es keine Dynamik ... Bei Tschernenko war es fast genauso wie bei Breschnev ... Bei ihm sprachen wir, die Finnen, über unsere Schwierigkeiten, aber unsere sowjetischen Gesprächspartner über ihre Errungenschaften.“

Jetzt haben sich die Zeiten geändert, und beide Seiten haben, wie die finnische Presse vermerkt, schließlich angefangen, in deutlicher Sprache über den Handel zu reden, der tatsächlich die materielle Grundlage unserer Beziehungen darstellt. Er läuft bekanntlich nach einem für die Größe des Landes wenig entwickelten Clearing-System ab, d.h. auf Grundlage der Verrechnung der gegenseitigen Lieferungen nach dem Bilanzierungsprinzip.

Dabei bilden Erdöl und andere Energieträger in großen Mengen (mehr als 80% des gesamten Umfangs) die Grundlage unseres Exports nach Finnland, aber auch PKW, Düngemittel, Chemikalien usw. Diese werden mit finnischen Lieferungen verrechnet. Bei den finnischen Lieferungen überwiegen Produkte der Maschinenbauindustrie, Meeresschiffe, der Export von Konstruktionsplänen, Papier, Erzeugnisse der Leichtindustrie, „schlüsselfertige“ Fabriken.

Finnland erwies sich als eines der wenigen Länder der Welt, die faktisch an hohen Erdölpreisen interessiert sind. Die gestiegenen Kosten dieser Ware kompensierte es durch einen stürmischen Ausbau des Exports in die Sowjetunion und fühlte sich in einer Zeit sicher, als andere Länder West-Europas von der Depression in Mit-

* Iswestija, Moskau, vom 29.12.1988, übersetzt von Kea Tielemann

leidenschaft gezogen waren. Viele erinnern sich daran, wie Moskau 1980 zur Olympiade überschwemmt wurde mit finnischen Kosmetikartikeln, Säften, Likören, Pralinen, Zigaretten, um schon gar nicht von den hunderttausenden Anzügen und Schuhen zu sprechen, die in die UdSSR geliefert wurden. So hat das Land seine Schulden bei uns beglichen. Die finnischen Freunde erzählten mir, daß sich in jenem Jahr in Finnland sogar Schwierigkeiten beim Kauf von Zahncreme bemerkbar machten - in solchen Mengen wurde sie auf den sowjetischen Markt geworfen.

Heute meinen unsere Ökonomen, jene Mittel hätten besser nicht genutzt werden sollen, um sich mit zeitweiligem Überfluß zu schmücken, sondern für die Rekonstruktion von Betrieben und den Bau neuer Lagergebäude. Wie dem auch sei, ein kleines Land erwies sich als solventer Schuldner. Aber die Verwirrung ging weiter. In unseren Organen, die sich mit den Plänen befassen, schrieb man wie gewohnt über das Wachstum des Handels „auf Grundlage des Erreichten“. Man muß sagen, daß dem eine aus der Luft gegriffene Angabe über die Steigerung der Erdölpreise um 10% zugrunde gelegt wurde. Das kapriziöse „schwarze Gold“ veränderte sich tatsächlich im Preis um 10%, aber mit dem Vorzeichen „minus“.

Diese neue Unausgewogenheit, wie auch die erste, die zu unserem Vorteil war, wurden in der sowjetischen Presse nicht erwähnt.

Bedenken Sie: Irgendwelche Millionen Tonnen Erdöl sind zusätzlich da - und es gibt keine Probleme, die Bilanz ist ausgeglichen - nach so einem „Rezept“ lief das ab. Wie einfach, wie gedankenlos verschwendeten wir diese Millionen - und leider fahren wir mit der Verschwendung fort. Heute liefern wir so viel Erdöl, daß die Nachbarn gezwungen sind, es in dritte Länder weiter zu verkaufen, und dieser Rückexport wird auch angerechnet. Lange Zeit waren wir stolz auf den Handel mit Schiffsausstattungen. Und doch kehrt sie ganz einfach auf für uns gebauten Schiffe zu uns zurück. Unter diesen gegebenen Umständen entsteht solch eine Kooperation und solch eine Statistik. Eine größere Anzahl neuester Schiffe wurde am gestrigen Tag vollgepackt mit Schiffs- und anderer Technik (die andere ist keine einfache). Die neuen Schiffe müssen dazu noch zur Vervollständigung ausgestattet werden mit finnischen Handtüchern, Wäsche und sogar Besen - es kommen hunderttausende Rubel zusammen. Und das bei unseren Schulden! Das plötzliche Sinken des Erdölpreises 1986 konnte nicht mehr durch zusätzliche Lieferungen ausgeglichen werden.

Der Druck auf die Partner mit dem Ziel, sie zu überreden, mehr sowjetische Technik zu kaufen, hat freilich seine Grenzen.

I. Suominen, Finnlands Minister für Handel und Industrie, sagte in einer seiner Reden:

„Unsere Ressourcen auf dem Gebiet des Imports aus der UdSSR sind in bedeutendem Maße erschöpft. Schon jetzt ist Finnland zweifellos der größte westliche Käufer sowjetischer Werkzeugmaschinen und Einrichtungen ...“

Die riesige Unausgewogenheit von fünf und mehr Millionen Mark zugunsten der Finnen gab einigen Vertretern der Geschäftswelt Anlaß, von einer weitreichenden Orientierung der Volkswirtschaft auf den Westen zu sprechen. (Schon jetzt geht mehr als 50% des finnischen Exports in die Länder West-Europas. Sogar die USA, Kanada, Süd-Korea und China kaufen hochwertige Erzeugnisse aus Finnland.)

Die Schwierigkeiten bei den Geschäftsabwicklungen mit der UdSSR charakterisierte der Generaldirektor des Zollamts, E. Laine, der lange Zeit Außenhandelsminister gewesen war. Er erklärte in der in Tampere erscheinenden Zeitung „Kansan lehti“: „Der Außenhandel der UdSSR befindet sich wegen seiner Ausrichtung auf Rohstoffe in einem krisenhaften Zustand ... Seine Entwicklung wird erschwert durch den Wechsel in der Kaderzusammensetzung und dadurch, daß auf sowjetischer Seite noch kein System geschaffen wurde, das schnelle und tiefgreifende Entscheidungen ermöglicht.“

Schenken wir diesen Überlegungen Aufmerksamkeit. Fortwährend muß man von den Finnen über grundsätzliche Unverbindlichkeiten irgendwelcher sowjetischer Partner hören. Auf einen Geschäftsbrief oder ein Telegramm nicht zu antworten, zählt anscheinend nicht mehr zum schlechten Ton.

In Verhandlungen über ein gemeinsames Geschäft stehen an „erster Stelle fast immer die Erörterung irgendwelcher zweitrangiger, bürokratischer und verzögernder Fragen, Einzelheiten des Protokolls, mit welchen Worten das eine oder andere technische Problem ausgedrückt werden soll, und an letzter Stelle die Hauptsache - der Gewinn, d.h. Gedanken darüber, wie Geld zu machen ist“, sagte mir verwundert einer der jungen Leiter des Unternehmens „Rauma-Repola“.

Es ist noch schlechter, wenn sich die protokollierten Versicherungen und Versprechungen, die mitunter auf sehr hoher Ebene abgegeben worden sind, nur als einfache Laute erweisen. In diesem Sinn ist das Schicksal der Erzeugnisse der Firma „Rautaruukki“ in der Stadt Otanmäki aufschlußreich. Sie bringt spezielle Waggons zum Verkauf, die für unseren Schienenverkehr so nötig sind. Diese Produktion geschieht durch industrielle Kooperation mit der UdSSR. Es wurde geplant, in unser Land bis zu 4000 Waggons im Jahr zu liefern.

„Wir nehmen auch 6000!“ versprach I. V. Archipov, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, den finnischen Partnern vor einigen Jahren während der Eröffnung des Unternehmens. Jedoch im folgenden Jahr belaufen sich die Waggonlieferungen auf ganze 1000 Stück. Leider gibt es keine finanziellen Mittel. Die beunruhigten Arbeiter der Firma „Rautaruukki“ schrieben dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. I. Ryschkov, einen alarmierenden Brief. Sie schrieben über die Schwierigkeiten der Fabrik, die so gut angefangen hatte, über die drohende Arbeitslosigkeit, die daher rührt, daß die Bedingungen der früher geplanten Lieferungen nicht erfüllt werden.

Diese Frage ist heute geklärt. Möglicherweise gelingt es, noch einige 100 Waggons zu kaufen, wenn „Rautaruukki“ von uns mehr metallische Gußprodukte erwirbt. Diese jedoch entsprechen nicht den technischen Anforderungen, die in Finnland gestellt werden.

Auf meine Bitte kommentierte T. Njusten, der Generaldirektor der Gesellschaft „Finnpap“, die ungenügenden Lieferungen aus der UdSSR für die Papierfabrik, deren Interessen durch die Gesellschaft vertreten werden.

„Schauen Sie, im Protokoll ist vermerkt, daß uns 20000 Tonnen Zellulose verkauft werden. Geliefert wurden ... 62 Tonnen. Man sagte, daß nicht mehr hochwertige Sulfat-Zellulose vorhanden sei. Man brachte etwas Gemisch, später war auch davon nichts mehr zu sehen.“

Öl aus Talovaja. Von 5000 Tonnen ist kaum mehr als ein Fünftel eingetroffen.

Kaolin könnte unserem ganzen Handel einen Impuls geben. (Jetzt beginnt Finnland, es in England zu kaufen, wie auch fast das ganze übrige Europa.) Versprochen wurde eine Probemenge von 5000 Tonnen. Geliefert wurden 480 Tonnen. Wir würden Schwefeloxyd kaufen, Chemikalien, aber rundum gibt es Absagen. Besonders beunruhigt das Kaolin. Heute gibt es auf der Welt eine riesige Nachfrage nach Kreidepapier, und dieser Rohstoff dient als Füllmittel bei seiner Herstellung ..."

Auch die früher unterschriebenen Handelsverträge über die neuen Fernsprechämter in Kooperation mit dem bekannten Konzern „Nokia“ werden nicht eingehalten. Der alleinige Grund ist, daß es kein Geld gibt. Allerdings denken die Finnen, daß es für Kooperationsverträge vorhanden sein *muß*.

Wie soll man sonst eine langfristige Partnerschaft aufbauen? Aber vorläufig krankt es daran in vielen gemeinsamen Unternehmen - im allgemeinen wegen unserer inneren Streitigkeiten. (Die „Isvestija“ schrieb wiederholt darüber.)

Das Ungleichgewicht im Handel führte zu Ungewöhnlichem in der Praxis der zweiseitigen Beziehungen: Die finnische Seite war gezwungen, die Erfüllung früher unterschriebener Kontrakte zu bremsen, damit sich die Kluft im Warenumsatz nicht vertiefte. Es wurden für Waren im Gesamtwert von bis zu fünf Milliarden Mark, die unserem Land geliefert werden sollten, keine Lizenzen gegeben! Bei der Lieferung z. B. von Papier krankte es nicht nur an der nicht rechtzeitigen und unbefriedigenden Bereitstellung sowjetischer Waggons für die Ausfuhr von Fertigprodukten, sondern auch an der ständigen Unsicherheit in bezug auf die Erteilung der nächstfolgenden Lizenzen. Auf dem Hof der Firma „Resenlev“ fingen, weil die Verladeerlaubnis fehlte, mehr als 200 neue Kombines zu rosten an, die für den Export in die UdSSR hergestellt worden waren. Die Zeitung „Helsingin sanomat“ schrieb im Juli dieses Jahres: „Die Krise im Warenaustausch mit der Sowjetunion vertieft sich weiter ...“ Ehrlich gesagt, die zinslosen Schulden belasten die Volkswirtschaft Finnlands wirklich.

„Der Osthandel wird für uns verlustbringend.“ So erklärte I. Suominen die Stokungen bei der Vergabe von Lizenzen.

Das letzte Abkommen, das im Herbst dieses Jahres abgeschlossen wurde, bezeichnete Präsident M. Koivisto als sehr gut. Die Finnen erfüllten es längst. Kurz gesagt, das Wesen des Dokuments besteht darin, daß bei einem Saldo von mehr als 100 Millionen Rubel das Schuldnerland Zinsen zahlt, sie aber bei einer Verschuldung von mehr als 200 Millionen in einer freikonvertierbaren Währung tilgt. Es wurde die Aufgabe gestellt, bis zum Jahresende 1989 die Ungleichheit zu beseitigen. Leider kann das nur auf Kosten einer für Finnland schmerzhaften Senkung des Exports geschehen. Aber einen anderen Weg gibt es nicht.

Der Realismus in unserem Handel beginnt sich auch im Verzicht auf „richtungsweisende“ Zahlen und auf die Pläne für das kommende Jahr zu zeigen. In einer größeren Anzahl sind erst die Richtungen im Warenaustausch sichtbar geworden. Zum ersten Male trägt ein Protokoll über gegenseitige Lieferungen einen eher orientierenden Charakter, und darin ist mehr Sinn als in den früheren unterschriebenen „von“ und „bis“ Dokumenten, die von Jahr zu Jahr nicht erfüllt werden.

Gleichzeitig drücken beide Seiten aus, daß sie vorläufig noch das Clearing favorisieren.

„Dieses System wird auch künftig einen grundlegenden Platz in unserem Handel einnehmen“, meint zum Beispiel Finnlands Premierminister H. Holkeri.

„Das Clearing ist gewissermaßen eine Garantie für die Erhaltung eines festen Handelsniveaus. Es hat Voraussetzungen geschaffen für eine stabile Entwicklung der Wirtschaft Finnlands und sicherte die Planung auf der Ebene der Unternehmen ab“, das sind die Worte I. Suominens. Die sowjetische Seite nimmt sogar an, daß der Verzicht auf das erprobte System des gegenseitigen Vorteils verfrüht ist.

Dennoch müssen die Ökonomen sich zu Wort melden. Einer von ihnen, T. Keskinen, schrieb in der neuen Zeitschrift „Moskauer Geschäftswelt“, daß das alte Modell des Warenaustausches das Ausmaß der Handelsbeziehungen schon nicht mehr erweitern kann. Die Impulse, die es durch die Nachkriegsreparationen und durch das Erdöl erhalten hat, sind bis zum Ende ausgenutzt.

Größere Reserven kann in dieser Beziehung die Realisierung des Kola-Projektes zur Verwertung der Reichtümer der Halbinsel bringen, die jenseits des Polarkreises liegt. Finnische Firmen haben vorgeschlagen, an ihrer Nutzbarmachung gemeinsam mit anderen Ländern West-Europas teilzunehmen. Neue Lösungen müssen auch deswegen noch gefunden werden, weil die Vereinbarung, über die wir sprachen, durchaus nicht den Ausweg aus der Sackgasse zeigt. Es handelt sich eher um eine provisorische Maßnahme. Sie hält die fortwährenden Senkungen des bilateralen Handelsvolumens nicht auf. Viele Ökonomen meinen, daß das Clearing im nächsten Jahrfünft als hauptsächliche Basis unseres Handels notwendig bleibt und daß es durch Geschäfte in frei konvertierbarer Währung ergänzt zu werden hat, daß der bargeldlose Warenaustausch mit Finnland in größerem Umfang praktiziert werden muß und daß es notwendig ist, die einzelnen Betriebe unserer Länder enger zueinanderzuführen.

Und ganz unzulässig ist, daß in solch einer perspektivischen Handelsform, wie es die Kooperationsprojekte sind, wegen unerfüllter Verpflichtungen und aufgrund eines Durcheinanders Löcher klaffen, wie es noch jetzt geschieht. Die Amtspersonen und Behörden, die daran Schuld haben, sollten sich erinnern, daß man in der Geschäftswelt den Vertrauensverlust nicht zufällig mit einem Bankrott vergleicht.

V. Schmyganovskij,

Leitender Korrespondent der „Isvestija“,

Helsinki - Moskau

Authentischer Wortlaut der Äusserungen von Professor Bogomolow *

Vor einigen Tagen legte der sowjetische Professor Bogomolow auf einer Pressekonferenz in Moskau dar, was geschehen würde, wenn Ungarn den Neutralitätsstatus wählte. Seine Worte erregten großes Aufsehen und kamen auch beim ungarisch-österreichischen Grenztreffen zwischen Miklós Németh und Franz Vranitzky zur Sprache. Die sowjetische Presseagentur APN gab nun den authentischen Wortlaut der Bogomolow-Erklärung heraus.

Die Fragen stellte der Berichterstatter von „The Guardian“.

Sie sprachen von den Veränderungen in Ungarn, Polen und anderen Ländern. Sie gingen dabei davon aus, daß die erwähnten Länder sozialistisch bleiben. Haben Sie als sowjetischer Staatsbürger das Gefühl, die Sicherheit ihres Landes wäre gefährdet, falls Ungarn seine Wirtschaft völlig auf den Westen ausrichtete? Was glauben Sie: Würde die Sicherheit der Sowjetunion dadurch geringer, wenn Ungarn auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung fortschritte und das gesamte Eigentum privaten Charakter annähme?

Die Frage, das Problem wurde in vielerlei Hinsicht hypothetisch aufgeworfen, weshalb auch die Antwort nur hypothetische Züge tragen kann. So kann man von der Hypothese ausgehen, daß eine Variante mit starken und tiefgreifenden Veränderungen im politischen und ökonomischen Systems Ungarns, daß sich die Gesellschaftsordnung des Landes der österreichischen oder schwedischen nähert. Wie wäre es dann um die Sicherheit der Sowjetunion bestellt? Ich halte die Hypothese für möglich, daß Ungarn auch unter diesen Umständen Mitglied des Warschauer Vertrages bleibt, sofern dann Warschauer Vertrag und NATO noch existieren.

Bei dieser Konstellation würde das die Sicherheit der Sowjetunion nicht beeinträchtigen. Wir können uns eine solche Variante durchaus vorstellen, die aber nicht unbedingt mit der Neutralität des Landes in Verbindung stehen muß. Ist doch auch die Deklaration der Neutralität des Landes nur eine Hypothese. Setzen wir voraus, Ungarn würde diese Richtung beschreiten und ein neutrales Land werden. Ich glaube, auch das fügte der Sicherheit der Sowjetunion keinen Schaden zu. Doch kann man die unterschiedlichsten Hypothesen aufstellen, selbst in ungünstiger Form, und dann wäre die Sowjetunion tatsächlich bedroht.”

Sie sprachen von den in China und anderen Ländern vor sich gehenden Veränderungen und erwähnten dabei auch Osteuropa. Sie bezeichneten diese Veränderungen als positive Beispiele für die Sowjetunion, die diese nutzen könne. Welche negativen Seiten sehen Sie am Beispiel der erwähnten Länder? Was betrachten Sie als Fehler an diesen Veränderungen, was müßte man in der Sowjetunion vermeiden?

Die Erfahrungen mehrerer sozialistischer Länder dienen uns nicht als Lehre, sondern als Warnung. Hier glaube ich an erster Stelle die inflationären Tendenzen nennen zu können, die heute sowohl in Ungarn als auch in China sehr stark in in

* Budapest Rundschau vom 27.2.1989

Erscheinung treten. In Jugoslawien ist die Inflation ins Galoppieren gekommen, praktisch zügellos geworden. All das ist sehr gefährlich. Wir müssen alles dransetzen, daß nicht auch wir diese negativen Erfahrungen machen müssen, obwohl es noch kein einziges Beispiel dafür gibt, daß die Einführung der Marktprozesse nicht mit stärkerer Inflation einherginge.

Dennoch kann die Inflation unterschiedlich ausfallen, man muß sie unter gewisser Kontrolle halten, man kann die Einführung der Marktprozesse auch mit geringen sozialen Rückschlägen vornehmen, obschon die Inflation auch dann nicht auszuschließen ist.

Ich möchte noch ein Thema anschneiden, das man noch nicht völlig als negative Erfahrung einstufen, sondern eher als unvollständige Erfahrung bezeichnen kann. Weder in China noch in Ungarn oder anderswo gelang es, geeignete Stimuli oder Motivationsverhältnisse für einen beschleunigten technischen Fortschritt zu finden. Die neuen Mechanismen ermöglichen nicht immer einen entsprechenden Fortschritt in Wissenschaft und Technik. Daraus ziehe ich den Schluß, daß für den technischen Fortschritt beziehungsweise für die Beschleunigung dieses Vorgangs nicht nur Marktmechanismen nötig sind, sondern auch staatliches Einwirken, Programmierung und die Anwendung gewisser Formen der Planung. Diese Erfahrungen - also eine im Vergleich zur gegenwärtigen stark reduzierten staatlichen Kontrolle sowie die Verknüpfung von Selbständigkeit und Autonomie der einzelnen Wirtschaftsunternehmen - fallen in den einzelnen Ländern noch recht unterschiedlich aus.

Ich glaube, noch niemand war in der Lage, die richtigen Proportionen zwischen staatlicher Kontrolle und Dezentralisierung sowie die Entfaltung der Eigenständigkeit zu finden. Es kann sein, daß sich auch westliche Erfahrungen als sehr nützlich für uns erweisen, etwa französische oder italienische, obwohl es auch dort genügend Probleme gibt.

Ökonomisch und politisch lehrreiches Beispiel Finnlandisierung Ungarns diskutiert *

Im Ungarischen Rundfunk erklärte der Politologe Attila Agh, Ungarn könne es sich nicht erlauben, außerhalb der europäischen Integration zu bleiben. Die ungarische Außenpolitik habe schon oft eine Vorreiterrolle gespielt, beispielsweise beim Ausbau der Sonderbeziehungen zu Österreich, dem Abkommen mit der EG sowie kürzlich bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Südkorea.

Das Beispiel Finnlands sei für Ungarn lehrreich, denn das Land fand einen Ausgleich mit der Sowjetunion, der sich als eine glänzende Lösung erwies: Die sowjetischen Truppen verließen Finnland, und es wurde die gegenseitige vorteilhafte Vereinbarung geschlossen, daß Konsultationen stattfinden, wenn einer der beiden Vertragspartner der Meinung ist, seine Sicherheit sei gefährdet. Das hindert Finnland aber nicht, Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem beizubehalten. Die frühere unflexible Stabilität sei heute in Ungarn nicht mehr gefragt, und so müsse eine neue Stabilität gefunden werden, die im Einklang mit den nationalen und europäischen Interessen stehe.

* Budapestischer Rundschau vom 6.3.1989

ZK-Sekretär empfing Europaparlament-Delegation Zusammenarbeit mit Ost und West *

Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des ungarischen Parlaments, Mátyás Szűrös, empfing eine in Ungarn weilende Delegation des Europaparlaments zu einer Unterredung. Wie er im Laufe des Gesprächs darlegte, trage die ungarische Außenpolitik zwei Hauptmerkmale: die Betonung des nationalen Charakters und die praktische Verwirklichung der Öffnung des Landes. Im Gegensatz zu der früheren Einseitigkeit sei Ungarn heute bestrebt, das System seiner Beziehungen auszubauen, die Zusammenarbeit sowohl mit dem Osten als auch mit dem Westen zu entwickeln. Selbstverständlich dürften dabei die Beziehungen zur Sowjetunion nicht vernachlässigt werden: Es sei für Ungarn aus politischen, aber auch geostrategischen Gründen wichtig, ein gutes Verhältnis zum größten Nachbarstaat zu haben.

Auf eine Frage erklärte der ungarische Politiker, daß die Präsenz sowjetischer Truppen in Ungarn heute nicht mehr mit der internationalen Lage zu begründen sei. Wie geplant, werde im April der teilweise Abzug der in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen beginnen. Abschließend und im Zusammenhang mit einer diesbezüglichen Frage sagte Mátyás Szűrös, daß Ungarn für jedwede Hilfe der Europäischen Gemeinschaften zur Linderung der Probleme dankbar wäre, die der Flüchtlingsstrom aus Rumänien bedeute.

* Budapest Rundschau vom 13.3.1989

Ungarn übt erneut scharfe Kritik an der Innenpolitik Rumäniens

Innenminister spricht von Verletzung elementarster
Menschenrechte *

Budapest (dpa/Reuter). [. . .] Das Budapester Parlament bestellte gestern ferner den Reformpolitiker Szürös zu seinem neuen Präsidenten. Er löst Parlamentspräsidenten Stadinger ab, der sein Amt am Mittwoch niedergelegt hatte, weil er bei einer Parlamentsdebatte um das umstrittene Donaukraftwerk Nagymaros nach Ansicht von Kraftwerkgegnern Bestimmungen über die parlamentarische Geschäftsordnung nicht eingehalten hatte. Szürös stellte auf einer Pressekonferenz nach seiner Wahl fest, die gegenwärtige Demokratisierung in Ungarn riefte bei einigen - nicht namentlich genannten - Bündnispartnern Besorgnis hervor. Die Sowjetunion aber zeige Verständnis für die ungarischen Reformmaßnahmen. Ungarn genieße in den Beziehungen zur Sowjetunion die gleichen Rechte: „Die Breschnew-Doktrin ist in diesem Sinne tot“, betonte Szürös. Mit dieser Doktrin über eine begrenzte Souveränität kommunistisch beherrschter Staaten war unter anderem die Zerschlagung der Reformpolitik in der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Truppen im Jahre 1968 gerechtfertigt worden.

Zugleich erinnerte Szürös vor der Presse an Ausführungen des sowjetischen Wissenschaftlers Bogomolow, der im vergangenen Monat eine eventuelle Neutralität des Warschauer-Pakt-Mitglieds Ungarn als „ungefährlich für die Sowjetunion“ bezeichnet hatte. Für Ungarn könne Finnland eine Vorbild sein, sagte Szürös und fragte: „Was ist vorteilhafter für die UdSSR - ein Kordon notleidender verbündeter sozialistischer Länder an seinen Grenzen oder kleine neutrale Länder, die souverän sind und eine starke Wirtschaft und großes Selbstvertrauen besitzen?“ Das Beispiel des neutralen Finnland zeige, wie ein kleines Land und eine Supermacht trotz unterschiedlicher Systeme kooperieren könnten.

* Der Tagesspiegel, Berlin/West, vom 11.3.1989

Plenum des Zentralkomitees:
Aussenpolitik vor epochaler Wende *

ZK-Sekretär Mátyás Szűrös zog vor dem Plenum des Zentralkomitees der USAP eine Bilanz der zunehmend selbständigen und markanten Außenpolitik, die Ungarn in den letzten Jahren - im Lande selbst und international - Anerkennung und Ansehen einbrachte. Sie ist tatsächlich eines der wenigen Gebiete, auf dem sich die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei „ohne besondere Korrekturen mit ihrer Praxis vor der Parteikonferenz vom Mai 1988 identifizieren, im Kontinuum denken kann“ und auf dem es noch eine Art gesellschaftlichen Konsens gibt, den nicht einmal die Alternativen in Frage stellen.

Bedingt durch die innenpolitischen Wandlungen und die Entwicklung in der internationalen Entourage stehe auch die ungarische Außenpolitik vor einer epochalen Wende, erklärte der ZK-Sekretär. Als größte Herausforderung der Zukunft nannte er den EG-Binnenmarkt ab 1992, auf die es eine optimale Antwort zu erarbeiten gelte, wobei „wir offensichtlich in absehbarer Zeit keine volle Integration erreichen können“. Szűrös betonte aber, daß Ungarns Bindungen an den Westen keineswegs die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern mindern würden. Es stünde in Ungarns nationalem Interesse, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen. „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ sah Szűrös allerdings eher Möglichkeiten für die Erweiterung der Kontakte zu jenen Ländern, die eine Reformpolitik betreiben. Zweifellos laufe Ungarn durch seine Innen- und Wirtschaftspolitik Gefahr, „von einem Teil der sozialistischen Länder isoliert zu werden“. Hauptgrund dafür sei die auseinanderdriftende Praxis der sozialistischen Länder, so daß man diese Isolierung „nicht abwenden, höchstens lindern“ könne.

Eine vielseitige Orientierung unter „Anerkennung des zwischen den beiden Bündnissen bestehenden Status quo“ - und das sei die Praxis jenes außenpolitischen Realismus, in der die Stärke der kleinen Länder, so auch Ungarns, liegen. Diesen Realismus dürfe man „keinerlei inneren und auswärtigen Kräften zuliebe aufgeben“. Szűrös hielt es für angebracht, in diesem Zusammenhang zu bemerken: „Wenn man bedenkt, daß unter Einfluß der weltwirtschaftlichen Erschütterungen der siebziger Jahre in dieser Partei, in diesem Haus die Berechtigung der West-Konnexion von mehreren Seiten in Frage gestellt und auch offen der Anspruch bekundet wurde, sich in den Block einzukapseln, so wird man die ungarische außenpolitische Denkweise, die sich bis heute herauskristallisierte, erst richtig würdigen können“. (Dieses neue ungarische außenpolitische Denken wird in enger Verbindung mit dem Namen von Mátyás Szűrös in die Annalen eingehen. Daran sei jetzt erinnert, da der Politiker in das Amt des Parlamentspräsidenten überwechselt.)

Der ZK-Sekretär untersuchte die künftigen Aufgaben auch unter dem Aspekt des späteren Mehrparteiensystems. Die USAP, Initiatorin der Erneuerung der ungarischen

* Budapest Rundschau vom 20.3.1989

schen Außenpolitik, werde natürlich ihren politischen Einfluß auch im neuen Rahmen geltend machen wollen. Sie müsse sich jedoch darauf vorbereiten, ihre außenpolitischen Vorstellungen in einem Parlament neuer Prägung eventuell sogar in der Debatte mit einer Koalitionsregierung zu vertreten.

Szürös gab eine interessante Analyse der Ergebnisse des Wiener KSZE-Folgetreffens, wobei er vor allen Dingen das beschlossene konsultative und Kontrollsystem im humanitären Bereich sowie das verstärkt bekundete Engagement der Signarstaaten für die nationalen Minderheiten würdigte. In manchen Fragen seien die Meinungsverschiedenheiten durch die Blöcke gegangen: Im NATO-Block war das bei militärischen Problemen der Fall, im Warschauer Vertrag eher in bezug auf Menschenrechte und humanitäre Belange.

Ministerpräsident Miklós Németh informierte das Zentralkomitee über seine Moskau-Visite und sein Gespräch mit Gorbatschow. Németh bekräftigte: Moskau bringe dem Mehrparteien-Beschluß der USAP Vertrauen entgegen und hoffe, daß die Entscheidung richtig war. Gorbatschow sei auch auf die ungarische Diskussion über die Ereignisse im Herbst 1956 zu sprechen gekommen, hielt die einschlägige Stellungnahme des ZK der USAP für besonnen und äußerte die Meinung, es gelte die historischen Forschungen mit besonderem Hinblick auf die internationalen Zusammenhänge fortzusetzen - Hauptsache, die Gesellschaft werde nicht durch eine Vergangenheitsdiskussion gespalten.

Bogomolow - Kissinger - Bzrezinski Hypothesen und Alternativen *

Es gibt politische Hypothesen, die auf den ersten Blick lediglich als eine intellektuelle Konstruktion erscheinen. Im Nachhinein stellt sich dann heraus, daß es sich um mehr handelt, und auch der Unterschied zwischen einem intellektuellen Spiel und Erwägungen, die auch in der politischen Sphäre ernst genommen werden, läßt sich leicht ausmachen. Im ersten Fall verflüchtigt sich die Idee sehr schnell, bzw. lebt höchstens in theoretischen Zeitschriften weiter, während Gedanken, die in die zweite Kategorie gehören, im Bereich der praktischen Politik wirksam werden.

So ein Nachleben haben der Kissinger-Plan und die mit ihm zusammenhängenden Bogomolow-Thesen. Beide Denkkonstruktionen beziehen sich auf die Zukunft Osteuropas.

In diesen Spalten wurde - noch in einem früheren, viel spekulativeren Stadium - bereits versucht, die Zusammenhänge dieser beiden Überlegungen aufzuzeigen. Wie erinnerlich, hatte Kissinger nach seinem Besuch bei Gorbatschow vorgeschlagen, Moskau und Washington sollten hinsichtlich Osteuropa einen Modus vivendi ausarbeiten. Seine Vorstellungen lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen: Erstens: Die Sowjetunion werde sich in den Prozeß der nationalen Selbstbestimmung der Länder Osteuropas nicht einmischen. Zweitens: Die NATO geht die Verpflichtung ein, daß sie Osteuropa politisch (und sinngemäß auch militärisch) nicht durchdringen wird. Das bedeutet, daß der Atlantikpakt die elementaren sowjetischen Sicherheitsinteressen in der Region achtet und die grundlegende Loyalität der Staaten Osteuropas gegenüber den legitimen militärischen Interessen der Sowjetunion nicht in Frage stellt.

Die Thesen Bogomolows wurden einige Tage früher als die von Kissinger geboren. Professor Bogomolow, der Gorbatschow nahesteht und Direktor des Forschungsinstituts für Probleme der sozialistischen Welt ist, beantwortete bekanntlich auf einer Pressekonferenz eine Frage in bezug auf die Zukunft Ungarns und stellte fest: 1. Sollte Ungarn das österreichische oder schwedische Gesellschaftsmodell wählen, so wäre die Sicherheit der Sowjetunion keinesfalls gefährdet. Mehrparteiensystem, Marktwirtschaft und Parlamentarismus würden auch die weitere Teilnahme Ungarns am Warschauer Vertrag nicht unmöglich machen. 2. Die strategischen Interessen der UdSSR würden nicht einmal bei einer Neutralität Ungarns beeinträchtigt. Und an diesem Punkt begann das eigenartige Nachleben der Thesen Kissingers und Bogomolows in der Sowjetunion bzw. in den USA.

In der Sowjetunion hatte man die Bogomolow-Überlegungen nie in den Rang der offiziellen Politik erhoben. Vizepremier Talisin und andere distanzieren sich sogar davon, und zwar hauptsächlich von der Hypothese, die sich auf eine mögliche Neutralität Ungarns bezog.

* Budapestischer Rundschau vom 17.4.1989

Doch schon einige Tage nach diesen Kritiken meldete sich der Professor erneut zu Wort und gab zwei weitere relevante Fragestellungen zu Protokoll. Erstens dementierte er, daß er einen Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt befürworten würde, was eine natürliche Voraussetzung der Neutralität wäre. Interessanterweise bekräftigte er aber seine Meinung, daß Ungarns neutraler Status die grundlegenden Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nicht beeinträchtigen würde. Den brisantesten Teil seiner Aussage hatte Bogomolow nach den Kritiken also noch bestärkt. Er „nuancierte“ seine frühere Erklärung nur insofern, daß er wissen ließ: Die glücklichere Lösung wäre seiner Ansicht nach, wenn Ungarn Mitglied des Warschauer Bündnisses bliebe.

In den USA wiederum meldete sich auch Zbigniew Brzezinski, ein ähnlich einflußreicher Politikologe wie Kissinger, zu Wort und meinte in einem Interview zur Osteuropa-Problematik, Washington sollte die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages nicht zu einem Austritt aus dem Bündnis anregen, sondern darauf hinarbeiten, daß sich Inhalt und Geist des Warschauer Vertrages ändern. Brzezinski: „Die Vereingte Staaten müssen unbedingt vermeiden, daß der Eindruck erweckt wird, es könnte sich um eine über die Köpfe der osteuropäischen Länder hinweg getroffene neue Vereinbarung von Jalta handeln. Genauso gilt es den Eindruck zu vermeiden, die NATO würde ihren Einfluß auf Osteuropa ausdehnen wollen. (...) Die NATO und der Warschauer Pakt könnten - in der derzeitigen territorialen Aufteilung - zu einem Koordinatonsystem der gegenseitigen Sicherheit werden, wenn der Warschauer Vertrag aufhört, ein regionales Instrument der sowjetischen ideologischen Orthodoxie zu sein.“

Ende März äußerte US-Außenminister Baker ebenfalls die Meinung, daß Osteuropa in die Verhandlungsthematik zwischen Washington und Moskau einbezogen werden sollte. Das Wesen einer möglichen politischen Neuordnung sieht Baker in folgender Auflage: Die Sowjetunion solle ihren Einfluß in der Region vermindern, während diese Tatsache vom Westbündnis nicht ausgenutzt würde. (Das bedeutet, daß die Überlegungen Kissingers in Washington langsam den Rang offizieller Politik erlangen.)

Und wie sieht man die Dinge in Ungarn? In der außenpolitischen Werkstätte des Zentralkomitees der USAP reagierte man auf spezielle ungarische Art und Weise auf die Bogomolow-Thesen und zwar in Form einer Studie. Der Titel des Aufsatzes: „Der Wandel des ungarischen Gesellschaftsmodells - eine Wende in der außenpolitischen Orientierung Ungarns?“ (Autoren waren Imre Szokaik und Csaba Tabajdi)

Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich dabei um eine Antwort-Hypothese auf die hypothetischen Überlegungen vom Bogomolow, Kissinger und Brezezinski. Die ungarischen Politikologen gehen davon aus, daß Ungarn an einem „Neutralisierungsprozeß teilhaben und dabei innerhalb des Warschauer Vertrages eine spezifische Position einnehmen könnte. Ähnlich Frankreich und Griechenland der NATO, würde dann Ungarn dem Warschauer als einem politischen Bündnis angehören. Die Autoren meinen, daß sich dieser „Neutralisierungsprozeß“ in Ungarn mit einem nationalen Ausgleich nach der Art Finnlands einleiten ließe. (Außenpolitisch gesehen hieße das die unbedingte Achtung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion auf der Basis der völligen Unabhängigkeit.)

Unter Teilnahme Ungarns bahnt sich somit eine äußerst interessante internationale Diskussion an, in der Budapest sogar neue Begiffe einbringt: Zu dem schwedisch-österreichischen Modell der Bogomolow-Thesen gesellt sich das Modell des außenpolitischen Konsens á la Finnland. Gleichzeitig wird - erstmals von seiten eines Warschauer Vertragsstaates - die Möglichkeit der Statusänderung innerhalb des Bündnisses aufgeworfen, und zwar nach dem Muster der NATO-Mitgliedschaft Frankreichs und Griechenlands.

All das, was vor einem Monat noch ein Gefüge abstrakter Hypothesen war, wird auf diese Weise allmählich zu einer realen politischen Alternative.

Endre Gömöri

Pressekonferenz mit dem designierten Außenminister
Ungarns perspektivisches Ziel: Blockfreiheit *

Das perspektivische Ziel der ungarischen Außenpolitik sei die Blockfreiheit, zu erreichen durch die Auflösung beider Militärbündnisse in Europa. Das führte auf einer internationalen Pressekonferenz in Budapest Gyula Horn, Außenamtsstaatssekretär und designierter Außenminister, aus. (Premier Németh schlägt ihn zum Außenamtschef in einem umgebildeten Kabinett vor.)

Eine Chance hierfür sehe er noch vor der Jahrtausendwende, gegenwärtig würde jedoch der Austritt eines jeden Teilnehmerstaates aus dem Warschauer Bündnis den Status quo schwächen und ernste Störungen in der europäischen Lage bewirken. Innerhalb des Warschauer Vertrages dringe Ungarn auf das Einhalten bestimmter Grundprinzipien. Es gehöre z.B. nicht zu den Aufgaben des Bündnisses, sich in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten einzumischen bzw. die nationalen Eigenheiten dieser Länder zu beurteilen. Für Entscheidungen großer Tragweite seien außerdem die nationalen Parlamente zuständig.

(...)

* Budapest Rundschau vom 8.5.1989

Ist Entkommen aus der geopolitischen Falle möglich?*

„Zwischen zwei Helden - für ein Vaterland“ fließe ihr Blut -, das sangen im 18. Jahrhundert die Soldaten eines (aber nicht des einzigen) gescheiterten Freiheitskampfes. Die Zeile blieb tief im nationalen Bewußtsein haften. Die „zwei Helden“ waren damals, der stretegischen Konstellation der Zeit entsprechend, das Habsburgerreich und das an Ungarns Grenzen noch immer präsenste türkische Imperium. Zwischen ihnen befand sich Ungarn, um dessen Unabhängigkeit es ging.

Weder der Soldat noch die adeligen Anführer jenes Freiheitskampfes wußten damals etwas von einem heute Geopolitik genannten Begriff. Tatsache ist jedoch, daß jener Unabhängigkeitskrieg vorwiegend aus „geopolitischen Gründen“ scheiterte; Frankreich, das die wichtigste Stütze der ungarischen Aufständischen gegen Habsburg hätte sein können, entzog ihnen seine Förderung aufgrund weitreichender strategischer Bedenken.

Von ähnlicher Relevanz war Geopolitik bei der Niederlage des ungarischen Freiheitskampfes 1848 - 1849. Die Gründermacht der Heiligen Allianz, das Rußland des Zaren kam dem Habsburgerreich in desssen militärischer Bedrängnis zu Hilfe. Sie beide nahmen die ungarische Freiheitsbewegung in die geopolitische Zange.

Nach dem 1867 erfolgten Ausgleich des realpolitischen Flügels der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung mit Österreich entstand in der Region Mitteleuropa eine historisch einmalige Situation. Österreich-Ungarn füllte - trotz aller seiner Fehler - ein regionales Vakuum aus. Insoweit war Ungarn (als eine Komponente der dualistischen Monarchie) während eines begrenzten Zeitraums nicht abhängig von der Geopolitik, sondern selbst Faktor der geopolitischen Stabilität Europas.

Mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Herausbildung des Systems von Versailles bildete sich erneut ein Vakuum im Streifen zwischen Adria und Baltischem Meer, das sich schließlich entscheidend auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auswirkte.

Nach 1945 wurde Europa gespalten, und die Zeit des geopolitischen luftleeren Raumes schien passé. Das Versailler System wurde - mit einigen Grenzkorrekturen - hinübergerettet, doch dies erwies sich als pure Formsache, lag doch der ursprüngliche geopolitische Sinn der Pariser Vorortverträge darin, zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Cordon sanitaire - praktisch unter französisch-britischer Kontrolle - einzurichten. Dieser Sinn war verloren gegangen: Die Länder, die früher den Cordon bildeten, wurden zu Mitgliedern des Warschauer Vertrages, und zwar unabhängig davon, ob sie nach de Ersten Weltkrieg Geschädigte (wie Ungarn) oder Nutznießer (wie die Tschechoslowakei und Rumänien) der unter ethnischen Aspekten keinesfalls korrekten Versailler Vereinbarungen waren.

* Budapest Rundschau vom 13.5.1989

Dieses System schien in einer Zeit der absoluten Konfrontation zwischen dem Westen und der Sowjetunion, die jedoch innerhalb der sowjetischen Machtsphäre bis zum Tode Stalins von einer brutal erzwungenen Hegemonie Moskaus gekennzeichnet war, unbeweglich. Nach dem Ableben des Diktators änderte sich die Lage insofern, da die Länder Osteuropas die monolithische Struktur und die ideologische Orthodoxie des Warschauer Bündnisses zunehmend in Frage stellten (siehe 1953: Ost-Berlin, 1956: Ungarn, 1968: Tschechoslowakei, 1980: Polen) obwohl sich diese Bewegungen in Ausmaß, Charakter sowie auch ideologischen Inhalt unterschieden, war doch ihr gemeinsames Ziel, den monolithischen Machtblock zu brechen. Alle diese Experimente sind gescheitert. In den ersten drei Fällen organisierte die sowjetische Militärmacht neostalinistischer Prägung eine Intervention, im vierten Fall wurde der Ausnahmezustand verhängt, um - mehr oder minder zugegebenermaßen - einer sowjetischen militärischen Einmischung vorzubeugen.

Alles in allem hatte es den Anschein, als würde sich die gesamte Region - und somit Ungarn - in einer Falle der Geopolitik, wodurch das innenpolitische Leben und das außenpolitische Denken dieser Länder schwer belastet wurde. Die konservativen Kräfte bzw. das konservative Zentrum der Macht versteckten sich hinter den geopolitischen Realitäten und benutzten sie immer dann als Vorwand, wenn sie sich gegen radikale Reformen im Land und das Streben nach größeren außenpolitischen Freiräumen stellten.

Erstmals nach langen Jahrzehnten kann jetzt die Frage auf neue Art und Weise gestellt werden: Sind wir in Mitteleuropa tatsächlich Gefangene der Geopolitik?

Derzeit wird die Frage von den einzelnen Ländern der Region unterschiedlich beantwortet. Die Antwort Polens lautet anders als die der DDR, die von Ungarn anders als die der DDR und der Tschechoslowakei. Was Rumänien sagt, ist undurchsichtig, sicher ist nur, daß sich seine Antwort von allen anderen unterscheiden wird.

Die verschiedenen Antworten gehen jedoch in irgendeiner Weise auf einen gemeinsamen schicksalsträchtigen Umstand zurück: Die Sowjetunion als geopolitisch bestimmende Macht der Region schickt sich - erstmals in ihrer Geschichte - an, eine entscheidende gesellschaftlich-politische Wende zu vollziehen.

Noch besteht keine Garantie für das Gelingen des gigantischen Gorbatschowschen Experiments. Gewiß ist aber, daß die differenzierte Entwicklung der Warschauer Vertragsstaaten ohne Perestroika nicht ihr heutiges Ausmaß hätte annehmen können. Man hätte die Frage, ob man sich „östlich der Jalta-Linie“ aus der Falle der Geopolitik befreien kann, auf seriöse Weise gar nicht erst stellen können. Und gerade das mahnt uns, daß wir bestimmte grundlegende geopolitische Faktoren nach wie vor einkalkulieren müssen.

Erstens: Bei der Gestaltung seiner Politik muß jedes Land der Region die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion mit in Betracht ziehen. Diese dürfen nicht verletzt werden. Ein herausragendes Beispiel liefert das finnische Modell. Finnland, das seiner gesellschaftlichen Einrichtung nach kapitalistisch, gleichzeitig aber auch neutral ist, fällt seit 1945 sämtliche innenpolitische Entscheidungen auf souveräne Weise. Seiner außenpolitischen Souveränität tut es keinen Abbruch, daß es die sowjetischen Sicherheitsbelange stets ins Kalkül zieht.

Zweitens: Das finnische Modell läßt sich nicht automatisch auf die Warschauer Vertragsstaaten anwenden. Es ist bemerkenswert, daß dies auch die NATO-Län-

der, allen voran ihre Hegemonialmacht, die USA, so sehen: Hauptziel der amerikanischen Politik wird in Europa noch auf lange Sicht die Aufrechterhaltung des NATO-Bündnisses sein. Ein Zerfall des Warschauer Bündnisses bzw. die Beschleunigung eines solchen Prozesses steht nicht im Interesse von Washington. Sämtliche amerikanischen Analysen der jüngsten Zeit bezeugen diesen Umstand. In der Wochenzeitung DIE ZEIT schreibt Theo Sommer den Standpunkt Kissingers interpretierend, „die Sowjets werden heute wohl die Herausbildung zunehmend pluralistischer Parteiensysteme und stärker marktorientierter Wirtschaftssysteme in ihrem Vorfeld akzeptieren, nicht jedoch die Gefährdung ihres Sicherheitssystems“. Kissinger-Rivale Brzezinsky sei ähnlichen Sinnes; „Das Ziel müsse es sein, ein immer dichteres Gewebe konkreter Beziehungen zu schaffen; den Warschauer Pakt aus einem ideologischen in ein geopolitisches Bündnis zu verwandeln.“

Das sind also nicht auszuklammernde geopolitische Tatsachen. Die andere Seite der Medaille aber ist, daß man sich nicht mehr hinter den geopolitischen Realitäten verstecken und diese zwecks Knebelung der sozioökonomischen und politischen Reformen gebrauchen kann. Die ungarische Außenpolitik hat dies eindeutig erkannt. Ein weitgehender Konsens besteht diesbezüglich zwischen der regierenden kommunistischen Partei und der sich formierenden Opposition hierzulande. Sogar die radikalsten oppositionellen Gruppierungen halten einen Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt für nicht möglich und nicht notwendig. Einigkeit herrscht auch in der Frage, daß das Bündnis kein Recht besitzen darf, das ihm die Einmischung in die soziale und ökonomische Entwicklung dieser Länder ermöglicht. Das Anliegen der offiziellen ungarischen Außenpolitik, auch ihre Sicherheitspolitik zu reformieren, wird von der Opposition bejaht. Der neue Außenamtsstaatssekretär László Kovács faßte dieses Anliegen in einem Vortrag in Genf wie folgt zusammen: „Wir planen eine verteidigungsorientierte Struktur unserer Streitkräfte, die es uns ermöglichen würde, Truppen, Rüstungen und den Militäretat bedeutend zu reduzieren.“

Elemente des Konsenses lassen sich zwischen Regierung und Opposition auch mittelfristig ausmachen, aber da weist das Einverständnis schon bedeutende Lücken auf. Das Zentrum der regierenden USAP besitzt keine mittelfristige Konzeption. Der Reformflügel der Partei meint, Ungarn könnte mit der Zeit „eine Lösung nach Art Frankreichs oder Griechenlands“ wählen. Das würde bedeuten, daß das Land Mitglied der politischen Organisation des Warschauer Bündnisses bleibt, ohne an der militärischen Integration teilzunehmen. Die Radikalsten unter den Oppositionellen können es sich mittelfristig auch vorstellen, daß der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Vertrages aufgelöst wird und die vereinigte Armee nach dem Prinzip der Rotation befehligt wird.

Es gibt also auch viele vage, ungeklärte Vorstellungen. Das ist völlig verständlich, denn die Dinge sind in Bewegung. Dabei läßt sich eine gewisse Konvergenz zwischen dem ungarischen Standpunkt, der langsam Form annimmt, und dem Herangehen a la Kissinger - Brzezinsky nicht leugnen. Berührungspunkte sind folgende Thesen: 1. Die geopolitischen Realitäten gilt es auch weiterhin zur Kenntnis zu nehmen; der Warschauer Vertrag kann nicht einseitig demontiert werden. 2. Die gegebenen geopolitischen Realitäten müssen in die globalstrategische Sphäre, in die internationale Gleichgewichtspolitik eingeordnet werden. Die freie innenpolitische Entwicklung, so die radikale gesellschaftliche und politische Wende (z.B. in

Richtung Mehrparteiensystem und parlamentarische Demokratie) darf nicht mehr geopolitischen Faktoren untergeordnet werden.

Hauptsache, daß in der Region eine Lösung gefunden wird, die der absoluten Herrschaft der Geopolitik ein Ende setzt, deren relative Hegemonie jedoch anerkennt. Die Geopolitik muß aus der Festung der Diktatur heraus und sich in die Arena der offenen Interessenkonfrontation begeben. Sie ist Realität - jedoch keine unüberwindliche Falle.

Endre Gömöri

Inhalt

Manfred Kerner, Sigmar Stopinski:

Finnland und die sozialistischen Staaten.

Die Beziehungen Nordeuropas zur Sowjetunion in der ungarischen

Diskussion. 1

Dokument 1: V.D. Pugin glaubt an Bruch des Eises im Osthandel. 5

Dokument 2: Neuer Anlauf im finnisch-sowjetischen Handel. 7

Dokument 3: Für ein atomwaffenfreies Nord-Europa. 9

Dokument 4: Schwer ist die Last des Merkur. Was im sowjetisch-finnischen Handel geschieht. 11

Dokument 5: Authentischer Wortlaut der Äußerungen von Professor Bogomolow. 16

Dokument 6: Finnlandisierung Ungarns diskutiert. 18

Dokument 7: Zusammenarbeit mit Ost und West. 19

Dokument 8: Ungarn übt erneut scharfe Kritik an der Innenpolitik Rumäniens. Innenminister spricht von Verletzung elementarster Menschenrechte. 20

Dokument 9: Aussenpolitik vor epochaler Wende. 21

Dokument 10: Hypothesen und Alternativen. Bogomlow - Kissinger - Brezinski. 23

Dokument 11: Ungarns perspektivisches Ziel: Blockfreiheit. 26

Dokument 12: Ist Entkommen aus der geopolitischen Falle möglich ? 27